

STADT BAD SACHSA
Hauptamt

Az.: 10 24 03 -10

Bad Sachsa, 8. August 2016

wk/-

PROTOKOLL

über die öffentliche **Ratssitzung** am **Dienstag**, dem **26. Juli 2016**, ab **19:00 Uhr** im **Sitzungssaal des Rathauses**.

Anwesend sind

- a) vom Rat der Stadt: Bürgermeister Dr. Hartmann
und die Ratsmitglieder Boehm, Bruchmann, Fieker,
Foth, Grimm, Kellner, Markert, Rockendorf, Schaal,
Schirmer, Schwedhelm, Seifert, Warnecke, Dr. Wedler
und Ziegenbein;
- b) von der Verwaltung: Forstamtsrat Bosse, Verwaltungsangestellter Grundei,
Verwaltungsfachangestellter Spieweck, Stadtamtsrätin
Urban und Stadtoberamtsrat Weick zugleich als
Protokollführer;

Geschäftsführer Völz.

Es fehlen entschuldigt: Ratsmitglieder Kasper, Metzger, Müller, Seele und
Simon.

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Bruchmann eröffnet um 19:00 Uhr die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

2. Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form gebilligt.

3. Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Ratssitzung vom 27. April 2016

Das Protokoll über die öffentliche Ratssitzung vom 27. April 2016 wird einstimmig bei 3 Stimmenthaltungen genehmigt.

4. Bericht des Bürgermeisters

Bürgermeister Dr. Hartmann teilt mit:

a) Patent des Abwassermeisters Geibel

Mit Patentschrift vom 25. Mai 2016 des Deutschen Patent- und Markenamtes wurde das von Abwassermeister Geibel auf der Kläranlage Bad Sachsa entwickelte Patent anerkannt.

b) Ratsoffener Waldbegang

Am 23. Juni 2016 ließen sich Mitglieder des Rates bei einer Waldbegehung über den Stand der forstlichen Bewirtschaftung informieren. Zur Halbzeit der zehnjährigen mittelfristigen Planungsperiode informierte das Forstamt zum Stand der bisherigen Umsetzung.

Trotz der unplanmäßigen Nutzungen von über 4.000 Festmetern als Folge des Gewittersturmes im vergangenen Sommer liegen die umgesetzten Erntemaßnahmen beim Starkholz exakt in der Planung. Bei den Durchforstungen wurden die Ansätze nicht erreicht, die Gründe für die Zurückhaltung bei den Vornutzungen wurden an den Waldbeständen erläutert.

Weiteres Thema war der Wald als Trinkwasserlieferant. Mit der Baumartenwahl hat der Waldeigentümer erheblichen Einfluss auf die Höhe der nutzbaren Wassermenge aus dem Wald. Reine Buchenbestände auf der Fläche des Wasserschutzgebietes im Stadtforst hätten eine bis zu 420.000 cbm/Jahr größere Wasserspende als reine Fichtenbestände.

c) Sachstand Asylbewerber

Aktuell sind in der Stadt 141 Asylbewerber untergebracht, die Zahl ist damit leicht rückläufig. Grund hierfür ist die verstärkte Anerkennung dieses Personenkreises als Asylberechtigte, die dann ins SGB II überwechseln. Diese anerkannten Asylbewerber verlassen auch häufig das Stadtgebiet (und verziehen in die

Ballungsgebiete), so dass sich die Wohnraumsituation im Ort zunehmend entspannt.

Die weitere Lageentwicklung, auch hinsichtlich der Umstände in der Türkei, bleibt jedoch abzuwarten, wobei die Aufgabenerfüllung durch das städtische Ordnungs- und Sozialamt nach derzeitigem Sachstand voraussichtlich im Dezember enden wird.

Beim wichtigen Thema der Integration der Flüchtlinge ist die in Bad Sachsa tätige Flüchtlingssozialarbeiterin eine große Hilfe, denn sie koordiniert z.B. die Einbindung in Sportgruppen oder fungiert als Bindeglied zu den ehrenamtlichen Flüchtlingspaten. Derzeit besuchen auch ca. 20 Kinder und Jugendliche die Schule und ca. 3 Kinder den Kindergarten und kommen dort mit Gleichaltrigen zusammen.

Als Schlüssel zur Integration sind Sprachkenntnisse von herausragender Bedeutung, hierbei leisten die Ehrenamtlichen – denen der aufrichtige Dank der Stadt gebührt – mit ihren Deutsch- und Alphabetisierungskursen vor Ort gute Arbeit; darüber hinaus entwickelt der Landkreis weitergehende Konzeptionen zur Vernetzung und Verbesserung in diesem Bereich.

Zzt. werden neun Asylbewerber – mit gutem Erfolg – auf dem Bauhof eingesetzt.

**d) Städte und Gemeinden im Kanzleramt;
Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus Niedersachsen fordern Hilfe für
die Integrationsarbeit**

„Die Integrationsarbeit für die dauerhaft in Deutschland bleibenden Flüchtlinge wird von den Städten und Gemeinden schon jetzt massiv voran gebracht, aber es fehlt uns noch an nachhaltiger Unterstützung durch den Bund. Es kann nicht sein, dass wir vor Ort die Arbeit machen und der Bund und die Länder uns auf den Kosten sitzen lassen“, erklärte der Präsident des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Marco Trips, anlässlich eines Termins einer Delegation von Verwaltungschefs aus allen Teilen Niedersachsens im Kanzleramt bei Bundesminister Peter Altmaier. „In den Städten und Gemeinden leisten wir mit den Kindertagesstätten, Schulen, Jugendeinrichtungen, Familienberatungsstellen und Vereinen täglich aufs Neue ein Höchstmaß an vorbildlicher Integrationsarbeit, aber wir brauchen Hilfe, sonst werden wir bei allem Engagement keine vernünftige Integrationsarbeit leisten können. Eine gelingende Integration setzt insbesondere die Finanzierung entsprechenden Personals in den Städten, Gemeinden und Samtgemeinden voraus. Benötigt werden Integrationskoordinatoren, die Netzwerke errichten, sich um die interkulturelle Öffnung der Verwaltung kümmern und das Ehrenamt koordinieren.“

Die 50 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister – unter ihnen auch Bürgermeister Dr. Hartmann – wiesen Altmaier auf die Kostenberechnungen renommierter Institute hin. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln schätzt die Ausgaben auf 19 Milliarden Euro. Das Münchner ifo-Institut nannte kürzlich eine Zahl von 21 Milliarden Euro und das Kieler Institut für Weltwirtschaft geht sogar von 25 bis 55

Milliarden Euro aus. Ein erheblicher Teil dieser jährlichen Integrationskosten fällt bei den Kommunen an. Dies beginnt bei der Schaffung zusätzlicher Plätze in Kitas, an Schulen, einschließlich der Betreuung durch speziell qualifiziertes Personal und setzt sich fort in der Schaffung bezahlbaren Wohnraums, der Durchführung von Sprach- und Integrationskursen bis hin zur Eingliederungshilfe für Flüchtlinge mit Behinderungen.

„Viele Kommunen haben große Schwierigkeiten, integrationspolitisch notwendige Maßnahmen in die Haushalte einzuplanen. Damit drohe die Gefahr, dass Integration von der Kassenlage der jeweiligen Kommune abhängt“, so Trips.

Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister forderten deshalb ein Gesamtfinanzierungspaket, das den Kommunen Planungssicherheit gewähre. Die – so die jüngste Steuerschätzung – steigenden Steuereinnahmen von Bund und Ländern sollten in den kommenden Jahren dazu verwendet werden, die Integration der Flüchtlinge in Deutschland voranzubringen. Auf jeden Fall müsse das benötigte Geld direkt den Städten und Gemeinden zufließen. Vorstellbar sei dafür eine Anhebung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer oder der Einkommensteuer.

„Nur mit Mehreinnahmen können die Städte, Gemeinden und Kreise rasch und unbürokratisch tragfähige Integrationskonzepte umsetzen – aber von einer gelungenen Integration profitiert unsere Gesellschaft langfristig und geht gestärkt aus der Krise hervor“, ergänzte Trips.

Bürgermeister Dr. Hartmann und Ratsherr Markert begeben sich in den für die Zuhörer/innen vorgesehenen Teil des Sitzungsraumes.

**5. Jahresabschluss der Stadtparkasse Bad Sachsa von Ende 2015;
hier: Entlastung des Verwaltungsrates gemäß § 23 Abs. 3 NSpG**

– DS-Nr. 9/16 –

Nach Hinweis des Ratsvorsitzenden Bruchmann auf die Drucksache Nr. 9/16 stimmt der Rat dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Bürgermeister Dr. Hartmann und Ratsherr Markert nehmen wieder an der Sitzung teil.

6. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 31 „Ravensberg“

1. Anregungen und Bedenken aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und den benachbarten Gemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB sowie der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB

2. Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB

– DS-Nr. 10/16 –

Ratsvorsitzender Bruchmann erteilt Bürgermeister Dr. Hartmann das Wort zur Drucksache Nr. 10/16.

Der Bürgermeister erläutert die Ratsvorlage und geht dabei auch umfänglich auf die zeitlich beachtlichen chronologischen Abläufe des hier zu bewältigenden rechtlichen Verfahrens ein. Insbesondere auch im Hinblick darauf richtet er seinen Dank an die Kreistagsabgeordneten und die Verwaltung des Landkreises mit Herrn Ersten Kreisrat Gero Geißreiter an der Spitze sowie an den Planer, Herrn Meißner.

Es hat bereits Kontakte mit mehreren Interessenten gegeben. Sobald ein beratungsfähiges Konzept vorliegt, werden die zuständigen Gremien hiermit befasst. Bürgermeister Dr. Hartmann lässt aber keinen Zweifel daran, dass für ihn dabei die Beibehaltung des freien Zugangs zur Ravensberg-Spitze unabdingbar sein wird.

Ratsherr Seifert bezeichnet es als sehr erfreulich, dass Kreisverwaltung und Kreistag – und dieser einhellig über alle Fraktionen hinweg – dieses für Bad Sachsa so wichtige Entwicklungsprojekt positiv begleitet haben. Rückblickend lässt er keinen Zweifel daran, dass die seinerzeit getroffene Entscheidung, das Gebäude zu ersteigern, richtig war, um als Stadt die zukünftige dortige Entwicklung steuern zu können.

Der Rat stimmt den Beschlussvorschlägen jeweils einstimmig zu.

7. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Landkreis Osterode am Harz und den kreisangehörigen Städten, Samtgemeinden und deren Mitgliedsgemeinden sowie der Gemeinde Bad Grund (Harz) über die Wahrnehmung von öffentlichen Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) – DS-Nr. 11/16 –

Ratsvorsitzender Bruchmann erteilt Bürgermeister Dr. Hartmann das Wort zur Drucksache Nr. 11/16.

Nach dessen Erläuterung nimmt der Rat den Beschlussvorschlag einstimmig an.

8. Anträge und Anfragen

Entfällt.

VERTRETUNGSKÖRPERSCHAFTEN
Wahlperiode 2011 - 2016
- Sitzungsdienst -

Ende der öffentlichen Sitzung: 19:19 Uhr

Im Anschluss an die öffentliche Ratssitzung findet bis 19:45 Uhr eine Einwohnerfragestunde statt.

gez. Bruchmann
Ratsvorsitzender

gez. Dr. Hartmann
Bürgermeister

gez. Weick
Protokollführer

Das Protokoll wurde in der Ratssitzung am 11. Oktober 2016 genehmigt.